Wir leben hier. Seit 1725.

Hanauer Anzeiger

Samstag, 23. Oktober 2021

Nr. 247 · D 3438 · A · € 2,10

Kunstrasen soll endlich kommen
Nidderauer Fußballvereine machen ihrem Ärger Luft » SEITE 21

Harsche Kritik an Kreissparkasse
Gelnhäuser Magistrat weist Vorwürfe zurück » SEITE 22

Mysteriöser Unfall am Filmset
Alec Baldwin schießt Kamerafrau tot » PANORAMA SEITE 44

EIN-SPRUCH

„Du verlässt uns nicht. Dein Geist und deine Erfahrung werden bei uns bleiben.“

EU-Ratspräsident Charles Michel würdigte Bundeskanzlerin Angela Merkel beim EU-Gipfel in Brüssel zu ihrem Abschied aus der Politik

REGION

Warten auf Ware

Ob Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte oder auch Spielwaren – im diesjährigen Weihnachtsgeschäft gibt es manche Lieferengpässe. Das bestätigen Hanauer Einzelhändler. Sie raten ihren Kunden, sie sollten sich rechtzeitig um Weihnachtsgeschenke kümmern. » SEITE 11

HANAU

Schneller Neubau

In nur vier Monaten hat die Baugesellschaft Hanau einen Neubau mit zwölf Wohneinheiten in Steinheim hochgezogen. Das schnelle Tempo ist auf die Holzmodulbauweise zurückzuführen. Einziehen werden Mitarbeiter des Klinikums Hanau. » SEITE 13

LOKALSPORT

Hinter Offenbach

Nur Germania Dörnigheim hat sich zwischen den Vereinen aus dem Fußballkreis Offenbach etabliert. In der Gruppenliga Frankfurt Ost können die Maintaler heute sogar den Spitzenreiter ärgern. Aber warum liegen die Offenbacher vorn? » SEITE 27

Virtuelle Hausbegehung

Schon vor Baubeginn durchs Eigenheim spazieren – das machen Gissou und Lucas Nummer in Maintal möglich. Dort können Bauherren den Grundriss ihres Hauses mittels moderner Technik im Maßstab 1:1 auf Herz und Nieren überprüfen. Am Montag stellen die Gründer von „Grundriss in Lebensgröße“, die auch in Berlin und München Standorte eröffnet haben, ihre Idee in der TV-Show „Die Höhle der Löwen“ vor.

KBR/FOTO: KRISTINA BRÄUTIGAM

» SEITE 20

Tankstelle für Wasserstoff soll 2023 kommen

Hanau – Neben Elektromobilität gilt Wasserstoffantrieb als eine der nachhaltigen Zukunftslösungen für den Ersatz von Verbrennungsmotoren. Geht es nach den Plänen von Holger Förster, wird Hanau in etwa zwei Jahren seine erste Wasserstofftankstelle bekommen. Dem Geschäftsführer des Hanauer Tankstellenbetriebs MTV Förster GmbH & Co KG zufolge plant sein Unternehmen, im letzten Quartal 2023 mit der ersten Wasserstofftankstelle ans Netz zu gehen – an einem Standort in der Brüder-Grimm-Stadt. Ein finanzieller Kraftakt, denn die Investitionskosten liegen laut Förster bei 3,5 Millionen Euro. Nicht nur deshalb fordert der Hanauer Tankstellenbetreiber die Politik zur mehr Unterstützung der Branche auf. das

» SEITE 14

Biden warnt China

„Die USA würden keinen Schritt zurückweichen und Taiwan verteidigen“

Washington – In den Spannungen um Taiwan hat US-Präsident Joe Biden deutlicher als seine Vorgänger zugesagt, dass die USA die demokratische Inselrepublik im Falle eines Angriffs durch China verteidigen würden. Die US-Regierung habe eine „Verpflichtung“, dies zu tun, sagte Biden. Die USA suchten keinen Konflikt mit China, aber Peking müsse verstehen, „dass wir keinen Schritt zurück machen werden, dass wir unsere Positionen nicht ändern werden“, so Biden. China reagierte empört, während Taiwan die Beistandserklärung begrüßte.

Die kommunistische Führung in Peking betrachtet Taiwan als Teil der Volksrepublik und droht mit einer Eroberung. Die USA haben sich der Verteidigungsfähigkeit Taiwans verpflichtet – was bislang vor allem Waffenlieferungen bedeutete. Die Frage nach einem militärischen Beistand im Angriffsfall wurde bewusst offengelassen, weil es von Peking als Verstoß gegen dessen „Ein-China-Doktrin“ gesehen würde. Mit dieser „strategischen Mehrdeutigkeit“ der USA sollte unsicher bleiben, was die USA im Kriegsfall tun würden.

Chinas Außenamtssprecher Wang Wenbin wies Bidens Äußerungen scharf zurück. Taiwan sei eine innere Angelegenheit Chinas, in die sich niemand einmischen dürfe. Die USA sollten dem Ein-China-Grundsatz folgen und „umsichtig handeln und sprechen“. Auch sollten sie davon absehen, „irgendwelche falschen Signale an die Unabhängigkeitskräfte in Taiwan zu senden“. „Taiwan ist ein untrennbarer Teil chinesischen Territoriums.“ Niemand solle die Entschlossenheit Chinas unterschätzen, seine territoriale Integrität aufrechtzuerhalten.

Bisher nur für Japan und Südkorea

Eine militärische Beistandserklärung hatten die USA in Asien bislang den engen Verbündeten Japan und Südkorea vorbehalten, wo die US-Streitkräfte auch jeweils eine Militärpräsenz haben. Zuletzt hatten sich die Spannungen um Taiwan deutlich verstärkt. Eine Rekordzahl chinesischer Militärflugzeuge war wiederholt in Taiwans Identifikationszone zur Luftverteidigung eingedrungen, um die Luftabwehr auf die Probe zu stellen.

Taiwans Regierung begrüßte die amerikanische Haltung. „Seit Bidens Amtsübernahme hat die US-Regierung kontinuierlich durch praktische Schritte ihre felsenfeste Unterstützung für Taiwan demonstriert“, sagte ein Präsidentensprecher in Taipeh. Taiwan sei seiner Selbstverteidigung verpflichtet und wolle mit gleichgesinnten Ländern zusammenarbeiten, um zu Frieden und Stabilität in der Region beizutragen.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin äußerte sich etwas zurückhaltender. Man werde Taiwan weiterhin helfen, sich selbst zu verteidigen, sagte er bei der Nato-Verteidigungsministerkonferenz in Brüssel. Darauf konzentriere man sich. „Ich werde mich nicht auf irgendwelche hypothetischen Überlegungen in Bezug auf Taiwan einlassen“, so Austin.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg rief zur Deeskalation auf. „Wir sollten alle Streitigkeiten, Differenzen und Meinungsverschiedenheiten in der Region mit politischen und diplomatischen Mitteln lösen.“

Die US-Politik gegenüber Taiwan stützt sich auf den „Taiwan Relations Act“, den der US-Kongress 1979 verabschiedet hatte. Damals hatten die USA diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen und deswegen ihr Verhältnis zu Taiwan auf eine inoffizielle Stufe stellen müssen. In dem Gesetz verpflichten sich die USA, Taiwan „Waffen defensiver Art“ zu liefern und „Taiwan in die Lage zu versetzen, eine ausreichende Selbstverteidigungsfähigkeit zu wahren“.

Jeder Versuch, „die Zukunft Taiwans mit anderen als friedlichen Mitteln zu bestimmen“, wird darin als Bedrohung und große Sorge der USA definiert. Die US-Streitkräfte sollten ihre Fähigkeit wahren, „sich jeder Gewaltanwendung oder anderer Form von Nötigung zu widersetzen, die die Sicherheit oder das soziale und wirtschaftliche System des taiwanesischen Volkes gefährdet“.

Vor zwei Wochen hatte Chinas Staatschef Xi Jinping den Druck auf Taiwan erhöht, indem er eine „Wiedervereinigung“ forderte, die am besten friedlich erfolgen sollte. Er warnte, eine Abspaltung werde ein „böses Ende“ nehmen. Taiwans Regierung wies die Aufforderung zurück. Die Inselrepublik sei ein „souveränes und unabhängiges Land und nicht Teil der Volksrepublik China“, so ein Sprecher. Die Zukunft des Landes werde von den Taiwanern entschieden. dpa/afp

» SEITE 2

Einheitliche Regeln gegen Corona

Ministerpräsidenten drängen Bund zur Pandemie-Bekämpfung

Bonn – Die Ministerpräsidenten drängen den Bund zu weiter einheitlichen Regeln für die Bekämpfung der Corona-Pandemie. Nach der Ministerpräsidentenkonferenz in Königswinter sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), solche einheitlichen Regeln müssten vom Bundestag bis zum 25. November geschaffen werden. Nach Angaben von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD) ist für die Bundesländer damit nicht zwingend eine Verlängerung der geltenden epidemischen Notlage verbunden.

Derzeit ist die epidemische Notlage Grundlage für Corona-Maßnahmen wie Maskenpflicht oder Kontaktbeschränkungen. Die Lage läuft Ende November aus, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will sie nicht verlängern. Ein Sprecher Spahns sagte, der Minister sei der Auffassung, dass ein Auslaufen der pandemischen Lage nicht bedeute, dass die Pandemie beendet sei. Die Lage gehe jetzt aber von einem Ausnahmezustand in einen Zustand der besonderen Vorsicht über. Laschet sagte, es sei Erwartung der Ministerpräsidentenkonferenz, dass etwa für das Nachverfolgen von Kontaktdaten oder die sogenannten AHA-Regeln allgemeine Rechtsgrundlagen gelten. „Die Länder brauchen diese Option“, dies müsse aber durch Bundesrecht geregelt werden.

Müller sagte, die Ministerpräsidenten hätten die Sorge, dass bei steigender Inzidenz auf einmal die Rechtsgrundlagen fehlten. Für eine Rechtsgrundlage gebe es aber nach Auffassung der Länderchefs mehrere Möglichkeiten. Es könne eine Verlängerung der geltenden epidemischen Notlage beschlossen werden, sagte Müller. Es sei aber auch eine Übergangsregelung möglich oder eine Beschlussfassung für einzelne Fragen. Der neue Bundestag und die noch amtierende Bundesregierung müssten handeln, damit es eine Grundlage für die Bundesländer gebe.

Laut Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ist es nach wie vor notwendig, dass die Länder Maßnahmen gegen die Pandemie anordnen können. „Dazu gehören Tests in den Schulen und Maskenpflicht. Wir hoffen, dass der Bundestag hierfür die Voraussetzungen schafft.“

Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier FOTO: DPA

Den Bundesländern steht an sich der Weg frei, jeweils eigene Regeln zu schaffen. Laschet und Müller begründeten ihre Forderung nach einheitlichen Vorgaben auch mit Gerichtsurteilen. Gerichte sähen nur in einzelnen Bundesländern geltende Maßnahmen immer wieder kritisch, sagte Müller. Deshalb sei ein gemeinsamer Rahmen wichtig.

Die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus steigt mittlerweile erneut stark an. Die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz lag nach Angaben des Robert-Koch-Instituts gestern bei 95,1. Innerhalb eines Tages wurden 19 572 Neuinfektionen registriert. Am Vortag hatte die Sieben-Tage-Inzidenz bei 85,6 gelegen, vor einer Woche bei 68,7. Der Wert gibt die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in einer Woche an. afp/dpa

Offizier hortete radioaktives Material

Berlin – Bei dem in Nordrhein-Westfalen festgenommenen Bundeswehr-Offizier ist auch radioaktives Material gefunden worden. Es handele sich um Strontium-90, bestätigte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt. Die Ermittlungen gegen den Hauptmann wurden daher um den Vorwurf des unerlaubten Umgangs mit radioaktiven Stoffen erweitert. Die Menge des gefundenen Strontium-90 blieb offen. Die krebserregende Substanz wird in Medizin und Industrie eingesetzt. Ermittler hatten bei einer Razzia am 12. Oktober in Aldenhoven im Kreis Düren ein umfangreiches Waffenlager bei dem Offizier entdeckt. Bislang waren ihm Verstöße gegen das Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen worden. afp

Hunderte illegale Einreisen über Belarus

Berlin – Auf der neuen Migrationsroute über Belarus und Polen sind laut Bundespolizei an zwei Tagen knapp 500 Menschen unerlaubt nach Deutschland eingereist. Wie die Behörde gestern meldete, wurden vom 1. bis 21. Oktober 3751 Fälle erfasst – zwei Tage vorher lag die Zahl noch bei 3262. Seit Jahresbeginn registrierte die Bundespolizei 6162 illegale Einreisen über Belarus.

Machthaber Alexander Lukaschenko hat als Reaktion auf westliche Sanktionen erklärt, er werde Migranten auf dem Weg in die EU nicht mehr aufhalten. dpa

Heute 13° / 5°

Morgen 12° / 2°

GEWINNZAHLEN SEITE 4
BÖRSE SEITE 8
TV-PROGRAMM 42/43
WETTER SEITE 32

HANAUER ANZEIGER
GmbH & Co. KG
Donaustraße 5, 63452 Hanau
www.hanauer.de
www.facebook.de/HanauerAnzeiger
Twitter: @HA1725
Instagram: hanauer_anzeiger
Sie erreichen uns telefonisch unter
Redaktion 06181/2903-333
Anzeigen 06181/2903-555
Vertrieb 06181/2903-444
60042
4 190343 802105

NOTIZBUCH DER WOCHE

Eine Frage des Vertrauens

VON CHRISTIAN SPINDLER

Im Lokal essen zu gehen, ist ein Vergnügen. Hanau bietet eine große Vielfalt. Corona hat aber auch im Gastronomiebereich vieles verändert, vieles geschmälert. Es ist nach wie vor nicht leicht. Für Wirte nicht, auch nicht für Gäste. Erst der lange Lockdown mit herben Geschäftseinbußen. Dann das Personalproblem. Vor allem im Servicebereich mussten sich Gastro-Mitarbeiter während des Lockdowns umorientieren, sind abgewandert in andere Jobs – und auch nach Wiedereröffnung der Lokale nicht zurückgekommen. Damit kämpft die Branche noch immer. Auch in Hanau.

Und jetzt obliegt den Wirten die Kontrolle ihrer Gäste: Sie müssen schauen, ob die, die von ihnen bewirtet werden wollen, getestet, geimpft oder genesen sind. Und wer gar die 2G-Regelungen in seinem Lokal einführt, sieht sich Anfeindungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Keine Einzelfälle.

Unser Bericht diese Woche hat ganz unterschiedliche Reaktionen gezeitigt: Von Gastronomen, die sagen, dass sie in ihrem Lokal penibel kontrollieren und zugleich darauf verweisen, dass andere das lax handhaben. Von Gästen, denen die Kontrollen auf den Zeiger gehen oder die sich ausgegrenzt fühlen. Es gibt die ganze Bandbreite.

Dass es Restaurantbetreibern, aber auch Kulturveranstaltern oder Kinobetreibern, auferlegt ist, zu kontrollieren, wer rein darf und wer nicht, ist keine unbillige Härte. Es ist aus virologischer Sicht eine Notwenigkeit, wenn alles zumindest so weiterlaufen soll, wie's jetzt ist. (Großbritannien lässt grüßen!) Und es ist dank elektronischer Helfer wie Smartphone-Apps kein unzumutbarer Aufwand. Dennoch kommen eine ganze Reihe von Wirten dem nicht nach. Wer hin und wieder kulinarisch unterwegs ist, stellt fest, dass es mehr sind, als man annimmt.

Wer kontrolliert, ob kontrolliert wird? Das flächendeckend zu leisten, ist für Ordnungsbehörden freilich ein Ding der Unmöglichkeit; und allein die Vorstellung von Polizisten vor jedem Lokal eine schreckliche. So bleibt das ein Ding zwischen Gastronom und Gast. Wirte, die etwas auf sich und ihre Gäste halten, werden einen genauen Blick auf Test-/Impfzertifikate werfen. Das ist nicht nur vorgegeben, es ist auch eine vertrauensbildende Maßnahme. Wer in einem Restaurant sitzt, will sich darauf verlassen können, dass das, was angesagt ist (3G oder 2G), auch umgesetzt wird. Und wer kein gutes Gefühl hat, dem bleibt nur das: Anderswo essen gehen.

Angesichts steigender Infektionszahlen und aktueller Warnungen des Robert-Koch-Instituts sind all das übrigens keine Lappalien. Der Winter kommt erst noch.

König und Hirten werden gesucht

Steinheim – Die evangelische Kirchengemeinde Steinheim plant für Weihnachten. Diesmal soll wieder ein Krippenspiel stattfinden, für das Kinder und Jugendliche von 6 bis 16 Jahren als Mitwirkende gesucht werden. Wer etwa als Engel, Hirte oder König dabei sein möchte, wer sich gerne verkleidet oder gerne Texte liest, ist zum Mitmachen eingeladen. Probentermine finden an mehreren Samstagen im November und im Dezember statt, und zwar am 6. November von 10.30 bis 12 Uhr, am 20. November von 10.30 bis 12 Uhr, 4. Dezember von 10.30 bis 12 Uhr und am 18. Dezember von 10.30 bis 12 Uhr. Anmeldeschluss ist Montag, 1. November. Anmeldung per Mail an info@evang-steinheim.de mit dem Betreff „Krippenspiel 2021" oder telefonisch unter 06181 61610. cs.

MIT SPITZER FEDER

Unser Bericht darüber, dass es unter Gastronomen auch schwarze Schafe gibt, die nicht kontrollieren, ob ihre Gäste die 2G- oder 3G-Vorgaben erfüllen, hat unseren Karikaturisten zu diesem Werk inspiriert.

Energiewende an den Tankstellen vorantreiben: An der Strom-„Zapfsäule" stehen der geschäftsführende Gesellschafter Holger Förster, der Prokurist Christian Zocher und Geschäftsführer Lars Ebert (von links). FOTO: REINHOLD SCHLITT

2023 kommt Hanaus erste Wasserstofftankstelle

Tankunternehmen hofft auf Unterstützung der Politik

VON REINHOLD SCHLITT

Hanau – Kurz vor dem 70. Firmenjubiläum im kommenden Jahr hat der Hanauer Tankstellenbetrieb MTV Förster GmbH & Co KG in seiner Heimatstadt Hanau insgesamt acht Schnellladepunkte für Elektrofahrzeuge in Betrieb genommen. Darunter befinden sich sechs sogenannte Ultra-Ladepunkte mit je einer 300-Kilowatt-Leistung, an denen das „Betanken" eines Fahrzeugs mit Strom nur rund 20 Minuten dauert. Überdies schreitet nach Angaben des Unternehmens auch die Planung für eine erste Wasserstofftankstelle im gesamten Hanauer Umland voran – einschließlich klarer Ansagen an die Kommunal- und Bundespolitik, die der CO_2-Reduktion geschuldeten Millionen-Investitionen zu unterstützen.

Überregional wurden auch bereits andere Tankstellen und ein Aral-Autohof im Unternehmensnetz und in der zum Firmenverbund gehörenden FTB Freie Tankstellenbetriebe GmbH mit der neuen Technologie ausgestattet. Bis Ende dieses Jahres werden bereits 18 Ladepunkte an den firmenweiten Standorten mit der „Stromladetechnologie" installiert sein, bis Ende 2022 sind insgesamt 40 Ultra-Ladepunkte vorgesehen. Darunter sollen auch zwei Elektro-Schnellladeparks sein, an denen ausschließlich E-Fahrzeuge mit Strom „betankt" werden können.

Millioneninvestition für Tankstelle nötig

Holger Förster, Sohn des Firmengründers Franz Förster und geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, zeigt sich optimistisch: „Unser Unternehmen hat sich mit dieser Technologie im Vergleich mit anderen Mitbewerbern bereits einen Vorsprung erarbeitet. Darauf sind wir durchaus stolz."

Günstig ist das alles nicht zu haben. Der Prokurist des Unternehmens, Christian Zocher, beziffert die Errichtung jeder dieser Ultra-Ladepunkte mit einer Investition von durchschnittlich 600 000 Euro. Je nach Standort kommen dann auch noch bis zu 130 000 Euro für die Bereitstellung des „grünen Stroms" durch den jeweiligen Netzbetreiber hinzu. Schließlich reicht eine normale Haushaltsstromspannung für den Betrieb solcher Ultra-Ladepunkte nicht aus, da braucht es größere Stromleitungskaliber. In Hanau haben die Försters immerhin das Glück, dass zwei ihrer E-Ladepunkt-Standorte jeweils in der Nähe vorhandener Mittelspannungsleitungen liegen, so-

> **„Wir sind zuversichtlich, in eine gute Zukunft zu investieren.**
>
> Holger Förster, geschäftsführender Gesellschafter

dass der Aufwand für die baulichen Zuleitungs- und Anschlussarbeiten sich dort in Grenzen hält. Das Unternehmen verfügt über die Grundstücke, auf denen die Ultra-Ladepunkte errichtet werden – ein wichtiger wirtschaftlicher Vorteil gegenüber so manchem Mitbewerber, der solche Flächen meist erst teuer kaufen oder anmieten muss. Doch Vorteil hin oder her: „So oder so sind die Investitionskosten auch für uns enorm und es wird sehr lange brauchen, bis wir sie wieder hereingeholt haben. Wir stehen erst am Anfang", sagt Förster und prognostiziert: „Der durch die Beschlüsse der noch amtierenden Bundesregierung zur CO_2-Neutralität begonnene Transformationsprozess des Verkehrssektors fordert der Tankstellenbranche und damit auch unserem Unternehmen in kürzester Zeit ein Investitionsvolumen von bisher ungekannter Höhe ab, um weiterhin im Markt der Mobilitätsenergieversorgung bestehen zu können." In der Firmengeschichte dieses traditionellen Hanauer Unternehmens habe es „noch nie solche gravierenden Herausforderungen mit Energie- und Kapitaleinsatz gegeben".

Mit Blick auf eine künftige Bundesregierung sagt Förster: „Das ist unser klares Bekenntnis für eine bessere Umwelt, aber wir fordern die Politik und eine neue Bundesregierung auf, uns bei der Bewältigung dieser Aufgabe und der damit verbundenen Investitionen zu helfen, etwa mit verkürzten Abschreibungsfristen oder Einmalabschreibungen." Der umtriebige Firmenchef hält „trotz aller Diskussion um den richtigen Weg in die CO_2-Neutralität das Vorhalten fossiler Brennstoffe an den Tankstellen über eine absehbare Zeit noch für nötig". Jedenfalls stört er sich an der in klimapolitischen Debatten weitverbreiteten und verkürzten Darstellung, wonach die schnelle Auf- und Umrüstung des Individualverkehrs auf Elektroantrieb mit einem fast ebenso schnellen Ende von Verbrennermotoren in Fahrzeugen und damit auch von Benzin und Diesel einhergeht: „Diesen Unsinn höre ich immer wieder. Wer so etwas behauptet, hat von einer Marktentwicklung keine Ahnung." Zwar gingen die Zulassungszahlen für Fahrzeuge mit klassischen Verbrennermotoren zurück, doch Tatsache sei, dass in Deutschland derzeit rund 47 Millionen solcher Fahrzeuge (Pkw) zugelassen seien. Der Tankstellenbetreiber rechnet vor: „Wenn ich also in diesem Jahr noch ein Verbrennerfahrzeug kaufe, dann kann ich damit rechnen, dass es zwischen zwölf und 15 Jahren in Betrieb ist." Folglich müsse auch nach wie vor im Mineralölbereich investiert werden, um den Bedarf auf dem Sektor der Mineralölmobilität sicherstellen zu können. Freilich, so der Firmenchef, werde es sich dabei „eher um Erhaltungsinvestitionen" handeln. Zuversichtlich zeigt sich die Geschäftsleitung der Förster-Tankstellen indes auch auf einem anderen Energiefeld, nämlich der Wasserstofftechnologie. Holger Förster: „Wir wollen im letzten Quartal 2023 mit der ersten Wasserstofftankstelle ans Netz gehen, natürlich bei uns in Hanau. Die Ausschreibungen dafür beginnen jetzt; mit potenziellen Betreibern wird bereits verhandelt. Die Planungen dafür sind fast abgeschlossen." Dass es erst einmal „nur eine" solche Tankstelle sein wird, hängt nach seinen Angaben mit den hohen Investitionskosten für eine Wasserstofftankstelle von rund 3,5 Millionen Euro zusammen. Fördermittel seien zwar zugesagt, doch erst einmal müsse das Tankstellenunternehmen mit diesen Investitionen in Vorlage treten.

Die Ausschreibungen für die erste Wasserstofftankstelle in Hanau beginnen jetzt. FOTO: MARTIN SCHUTT/DPA

Bislang gibt es republikweit nur wenige Wasserstofftankstellen; die nächst erreichbare steht in Frankfurt. Im Auge haben die Hanauer Investoren vor allen Dingen den Schwerlast- und Busverkehr, wo es um Reichweiten pro Tankfüllung von bis zu 1000 Kilometern geht, vergleichbar mit einer Diesel-Tankfüllung. Neben der Etablierung der Technologie selbst müssen auch ausreichend große Anfahrt- und Betankungsflächen her, denn die Kalkulation beruht darauf, dass bis zu drei Schwerlastfahrzeuge gleichzeitig auf einem solchen Wasserstoff-Tankstellenareal bedient werden können.

Die betriebswirtschaftliche Seite hier? Holger Förster: „Wir sind zuversichtlich, in eine gute Zukunft zu investieren." Immerhin wird in Hanau über eine Wasserstofftankstelle schon seit vielen Jahren diskutiert, aber jetzt wird es konkret. Auch interessieren sich neben der Stadt Hanau schon andere Kommunen für unsere Planung. Vernünftigerweise haben wir bei diesem Vorhaben natürlich auch den Pkw-Verkehr im Auge. Voraussetzung für den Bau der Wasserstofftankstelle ist jedoch die enge Kooperation mit der Stadt Hanau, die die immensen Investitionen unseres Unternehmens in dieses Zukunftsprojekt mit der Beschaffung von Wasserstoffbussen und wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen für die städtischen Betriebe als potenzielle Kunden unterstützen möchte".

IN KÜRZE

Neue Packstation an der Röderseestraße

Hanau – Die Deutsche Post hat nach eigenen Angaben eine weitere Packstation in Hanau in Betrieb genommen. Die neue Station steht in der Röderseestraße 1 und damit Postkunden ab sofort zur Verfügung. „Wir sind froh, dass wir diesen zusätzlichen Standort in attraktiver Lage für unsere Kunden realisieren konnten", wird Friedhelm Schlitt, regionaler Politikbeauftragter der Deutschen Post DHL Group, in der Mitteilung zitiert. Bis Ende 2023 will das Unternehmen nach eigenen Angaben die Zahl der Automaten von derzeit rund 8200 auf dann rund 15 000 Packstationen erhöhen. das

Smartphone-Treff für Senioren

Hanau – In der Familienakademie der Kathinka-Platzhoff-Stiftung, Französische Allee 12, Wallonische Ruine, findet ab Mittwoch, 27. Oktober, ein Smartphone-Treff für Senioren statt. Unter dem Motto „Alt und Jung, zusammen klappt´s" helfen junge Menschen Senioren im Einzelgespräch, individuelle Fragen und Probleme bei der Bedienung ihres Smartphones zu klären. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Voranmeldung notwendig telefonisch unter ☏ 06181 259062, per E-Mail an familienakademie@kp-stiftung.de. das

Letzte Führung durch Richter-Ausstellung

Großauheim – Die letzte Führung durch die Ausstellung „Der Wald des Leopoldo Richter" mit Museumspädagoge Detlef Sundermann im Museum Großauheim, Pfortenwingert 4, findet am Sonntag, 24. Oktober, um 15 Uhr statt. Teilnahmebedingung ist die vorherige schriftliche oder telefonische Anmeldung per E-Mail an museen@hanau.de oder unter ☏ 06181 2951799. Die Kosten betragen drei Euro pro Person zuzüglich Museumseintritt. Ein 3G-Nachweis ist erforderlich. das

Diskussionsabend zu Afghanistan-Krieg

Hanau – Die Hanauer Friedensplattform veranstaltet am Montag, 25. Oktober, um 18 Uhr im Internationalen Kulturzentrum der DIDF, Alfred-Delp-Straße 10, einen Info- und Diskussionsabend mit dem Titel „20 Jahre Afghanistan-Krieg". Referent ist der deutsch-afghanische Politikwissenschaftler Dr. Matin Baraki (Marburg), der aus der Nähe von Kabul stammt, zahlreiche Analysen zum Thema veröffentlicht hat und viele Fragen zur Lage am Hindukusch beantworten kann. das

Bahnübergang Heideäcker gesperrt

Großauheim – Aufgrund von Arbeiten am Bahnübergang (erster Bahnübergang aus Richtung Industrieweg kommend) wird nach Angaben der Stadt Hanau die Straße Heideäcker im Teilstück zwischen der Auheimer Straße/L3309 und dem Industrieweg/Anschlussstelle Hanau-Hauptbahnhof vom Montag, 1. November, bis Freitag, 12. November, vollgesperrt. Die Zufahrt bis zur Baustelle ist möglich. Eine Umleitung ist nicht ausgeschildert. das